



Inhaltsverzeichnis

| | |
|---|----|
| EWN Entsorgungswerk für Nuklearanlagen GmbH | 3 |
| 25.11.2025 Braunschweiger-Zeitung.de: Atommüllendlager: Warum auch der Harz infrage kommt | 4 |
| 26.11.2025 Freie Presse - Chemnitzer Zeitung: Geht Suche nach Atomendlager schneller? | 6 |
| 25.11.2025 NWZ online (Nordwest-Zeitung): Erlaubnis für Salzsuche in Neuenhunorf erteilt | 7 |
| 25.11.2025 freipresse.de: Kann die Suche nach einem Endlager für Deutschlands Atommüll ohne unterirdische Erkundung gelingen? | 8 |
| 22.11.2025 Gandersheimer Kreisblatt: Die Angst vor dem Atom-Endlager: Bürgerforen sollen Vertrauen schaffen | 10 |
| 24.11.2025 lokalkompass.de (Nordrhein-Westfalen): „Wie lassen uns nicht für dumm verkaufen“ | 12 |
| 25.11.2025 Passauer Neue Presse Simbach, Pfarrkirchen: Kein Endlager in Simbach | 13 |
| 25.11.2025 abendblatt.de (Hamburger Abendblatt): Atommüll vor der Haustür? Segeberg und Pinneberg im Favoritenkreis | 14 |
| 24.11.2025 NDR: Bund kündigt Gesetze für schnellere Endlagersuche an | 16 |

Radioaktiver Müll

Atommüllendlager: Warum auch der Harz infrage kommt

Deutschland sucht ein Endlager für radioaktiven Abfall. Zwei Flächen im Harz kommen in die engere Auswahl. Was das für die Region bedeutet.

Katharina Franz

Die Atomkraftwerke in Deutschland sind seit April 2023 [abgeschaltet](#). Was bleibt, ist [radioaktiver Müll](#). Was fehlt, ist ein Endlager dafür. Die [Bundesgesellschaft für Endlagerung](#) (BGE) hat im November 2025 einen Zwischenstand zur Suche nach geeigneten Standorten für ein Atommüllendlager veröffentlicht.

Zwei der Flächen, die weiter geprüft werden sollen, befinden sich im Harz: eine zwischen Bad Harzburg und Braunlage und eine zwischen Thale und Harzgerode. Laut einer [interaktiven Karte](#) der BGE sind Bereiche nördlich von Goslar und zwischen Ilsenburg und Wernigerode sowie zwischen Blankenburg, Halberstadt und Quedlinburg noch zu testen. Der Altkreis Osterode steht nicht zur Auswahl.

Warum das so ist, kann Gesteinsexperte [Firouz Vladi](#) erklären. „Der Altkreis Osterode kommt nicht infrage, weil er Karstgebiet ist und über das Karstgrundwasser vernetzt ist“, bestätigt der ortskundige Geologe, der bereits in den 1970er-Jahren zur Harzer Gipskarstlandschaft forschte und sich nach der deutschen Wiedervereinigung dafür einsetzte, dass der [Karstwanderweg](#) in der ehemaligen DDR in Richtung Westen verlängert wurde.

Laut Vladi würden sich in dem Gebiet zwischen Bad Grund und Walkenried auch nicht die Schichten unter dem Karst für ein Atommüllendlager eignen:

Zwar läge man bei einer Grubentiefe von eintausend Metern im Grundgebirge. Doch das sei klüftig und es könnte ein Wasseraustausch mit der Oberfläche stattfinden. Darum eignet sich „der schöne Südharz“ nicht als Endlagerstandort für Atommüll und liegt außerhalb dieser „Gefahrenzone“, so der Forscher.

Ähnlich wie Vladi hält Doktor Friedhart Knolle, ebenfalls Geologe, den Harz als Standort für ein Endlager ohnehin für unwahrscheinlich. „Der Harz ist mit Naturpark, Nationalpark, Tourismus, dichter Besiedlung, jedenfalls am Harzrand, Welterbe et cetera so voll von Interessenlagen“, sagt Knolle. Er glaube nicht, dass der Bundestag, der letztendlich die Entscheidung über den Endlagerstandort trifft, „so eine Region“ auswählt. Er gibt aber zu bedenken, dass diese Abstimmung in der Zukunft liegt.

Vladi betont hingegen, dass es keinen physikalischen Zusammenhang zwischen dem Betrieb und der Sicherheit eines Endlagers in großer Tiefe und dem Tourismus gibt. Ein solcher Zusammenhang wäre wenn dann politisch, umweltverbundlich oder medial hergestellt.

Grundsätzlich wäre Vladi zufolge ein Endlager in der Tiefe des Brocken- und des Ramberg-Pluton denkbar - beides Granit. „Granite gelten als potentiell geeignete Endlagermedien“, erklärt zudem sein Kollege Knolle. Außerdem würden sich [laut Standortauswahlge-](#)

[setz](#) die Gesteine Salz und Ton für ein Endlager eignen.

Allerdings, merkt Firouz Vladi an, könnten sich Gebiete im nördlichen Harzvorland möglicherweise besser eignen. Dort würden in zum Teil größerer Tiefe Salzgesteine nebst den eigentlichen Salzstöcken liegen, die bei größerer Mächtigkeit und tektonischer Stabilität weiter untersucht werden, erklärt er.

Ein wichtiger Hinweis. Denn in Deutschland sucht man nicht einfach einen geeigneten Standort für ein Atommüllendlager. Das Gesetz schreibt vor, dass der [bestmögliche Standort](#) gefunden werden muss. Und die Auswertung ist längst nicht abgeschlossen: Noch ein Viertel Deutschlands liegt im Fokus der Endlagersuche.

Knolle gibt zu bedenken: Die Region Südostniedersachsen bis Hannover ist gespickt mit geeigneten Gesteinen. „Da mache ich mir als hiesiger Einwohner schon Gedanken.“ Zumal ihm zufolge mit der Schachanlage Asse, dem einstigen Salzbergwerk Bartensleben und dem ehemaligen Eisenerzbergwerk bereits drei Lagerstätten für radioaktiven Abfall im Geopark Harz, Braunschweiger Land, Ostfalen liegen. Damit sei dies der einzige Geopark der Welt mit drei Endlagern - wobei nur das Endlager Konrad weiter ausgebaut wird. Die anderen beiden sollen stillgelegt werden.

Eine [interaktive Karte](#) der BGE zeigt indes, wie weit fortgeschritten die Suche

ist. Im Jahr 2020 wurde mehr als die Hälfte der Bundesrepublik als grundsätzlich zu bewertende Fläche eingestuft. Von diesen insgesamt 90 Teilgebietsflächen wurden innerhalb der vergangenen fünf Jahre 53 Prozent als ungeeignet oder gering geeignet kategorisiert. Die restlichen 47 Prozent sind noch in Bearbeitung - entweder, weil sie wie die beiden Flächen im Harz weiter in Betracht gezogen werden, oder noch gar nicht ausgewertet worden sind.

Erst Mitte 2026 sollen alle Teilgebiete zwei von insgesamt vier Prüfschritten durchlaufen haben. Nur Teilgebiete, die die ersten Prüfschritte weitgehend bestehen, sollen weiter bewertet werden - so wie die Fläche zwischen Bad Harzburg und Braunlage und die zwischen Thale und Harzgerode. Bisher ging es um die geologischen Voraussetzungen untertage, also unter der Erde. Welche Teilgebiete für übertägige Erkundungen infrage kommen, will die BGE laut NDR bis Ende 2027 vorschlagen - dann schaut man also nach, was

sich in den jeweiligen Regionen an der Erdoberfläche befindet.

Wann die Regierung letztendlich die Entscheidung über den Endlagerstandort trifft, steht noch nicht fest. Friedhart Knolle geht davon aus, dass es in den 2040er-Jahren so weit sein wird. Im Standortauswahlgesetz von 2017 hatte man sich eigentlich das Zieljahr 2031 gesetzt. Pessimistische Prognosen befürchten angesichts der langwierigen Auswertung allerdings, dass es erst 2060 oder gar 2070 zu einer Abstimmung im Bundestag kommen könnte.

Der Bundesumweltminister Carsten Schneider (SPD) und der niedersächsische Umweltminister Christian Meyer (Grüne) warben beim vierten Forum Endlagersuche am 21. und 22. November 2025 in Hannover dafür, das Verfahren zu beschleunigen. Das Bundesumweltministerium hat laut einer Veröffentlichung der BGE zu diesem Zweck fünf Gesetze in den Blick genommen. Eine Beschleunigung sei möglich, ohne Abstriche an der Sicherheit oder an der Beteiligung der Öffentlichkeit zu ma-

chen, heißt es. Der Tagesschau-Podcast 11 KM unterstellte Politikerinnen und Politikern in der Folge „Atommüll-Endlager: Die Suche, die nie endet“ vom 25. September 2025, dass keine Regierung die unpopuläre Entscheidung treffen möchte und sich deswegen keine Partei ernsthaft um eine Beschleunigung des Verfahrens bemüht.

In dem Endlager muss laut tagesschau.de 27.000 Kubikmeter hochradioaktiver Atommüll untergebracht werden. Derzeit lagere deutscher Atommüll in 16 oberirdischen Zwischenlagern in verschiedenen Bundesländern. Das Endlager soll Sicherheit für eine Million Jahre bieten, denn mindestens so lange strahlt der Abfall.

Noch mehr Storys, Tipps und Hintergründe gibt's auf harzkurier.de.

Unsere aktualisierte App: Mit **HK News** stets schnell und bequem informiert bleiben. Jetzt herunterladen für Android und Apple.

| | | | |
|----------------|-----------------|-----------------------------|---------------|
| Wörter: | 976 | Ausgabe: | Einzelausgabe |
| Autor/-in: | Katharina Franz | Visits (VpD) ¹ : | 214.974 |
| Ressort: | Online | Unique Users | 20.000 |
| Medienkanal: | ONLINE | (UUpD) ² : | |
| Mediengattung: | Online News | | |
| Medientyp: | ONLINEMEDIEN | | |

Weblink: <https://www.braunschweiger-zeitung.de/niedersachsen/harz/article410539079/atommuellendlager-warum-auch-der-harz-infrage-kommt.html>

¹ von PMG gewichtet 02-2024

² gerundet agof ddf Ø-Tag 2023-01 vom 08.03.2023, Gesamtbevölkerung 16+

Geht Suche nach Atomendlager schneller?

Der Wandel der internationalen Sicherheitslage rückt die Endlagersuche in ein neues Licht. Umweltminister fordern, das Auswahlverfahren zu straffen.

Jens Eumann

Die Suche nach einem Endlager für Deutschlands hoch radioaktiven Atom­müll soll beschleunigt werden. Das for­derten Bundesumweltminister Carsten Schneider (SPD) und sein niedersäch­sischer Amtskollege Christian Meyer (Grüne) am Wochenende in Hanno­ver beim vierten Forum zur Endlager­suche. In diesen Begleitforen diskutie­ren Umweltverbände, Bürgerinitiativen und Kommunalvertreter über aktuel­le Sachstände des Auswahlverfahrens. Das Forum in Hannover war mit mehr als 300 Teilnehmern vor Ort und 400 Onlinebeobachtern besetzt.

Minister Meyer erinnerte daran, dass im Standortauswahlgesetz aus dem Jahr 2017 als Zieljahr für das Finden des Standorts das Jahr 2031 veran­schlagt worden war. Im Vorjahr dage­gen sagte eine von der Bundesregie­rung beauftragte Studie drastische Ver­zögerungen voraus. Selbst bei „idea­lem Projektablauf“ sei damit zu rech­nen, dass das Auswahlverfahren erst 2074 abgeschlossen werde. Mit Blick auf die längere oberirdische Zwischen­

lagerung und die veränderte internatio­nale Sicherheitslage betonte Meyer, es sei eine Frage der Gerechtigkeit, unse­ren Atommüll nicht der nächsten Gene­ration aufzubürden. Mit dem Verweis auf die internationale Lage steht Meyer nicht allein.

Der frühere Wissenschaftliche Direktor des Helmholtz-Zentrums Dresden-Ros­sendorf, Roland Sauerbrey, selbst im Begleitgremium für die Suche nach ei­nem Endlager aktiv, machte im Juni angesichts der weltweit „neuen Bedro­hungslage“ eine Verwundbarkeit aus. „Besonders verwundbar“ seien jene oberirdischen Zwischenlager, in denen 1900 Castor-Behälter mit ausgedienten Brennstäben aus den Kraftwerken des deutschen Kernkraftzeitalters aufs Ver­bringen in ein unterirdisches Endlager warten. Wenn man der Argumentati­on des Physikprofessors folgt, gleicht Deutschland einem nuklearen Minen­feld. Im Zwischenlager Gorleben und an 15 Standorten ehemaliger Kernkraft­werke warten Castoren auf den Ab­transport.

Laut Standortauswahlgesetz muss die Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) den Standort mit der für eine Mil­lion Jahre bestmöglichen Sicherheit fin­den. Bis 2027 sollen mögliche Standor­te benannt und danach erkundet wer­

den. Es gelte, mit Denkfehlern aufzu­räumen, hatte Professor Sauerbrey ge­ sagt. „Beide Annahmen“ seien „Illusi­on“: Die, den „bestmöglichen“ Standort zu finden, und die, den hoch radioakti­ven Atommüll garantiert „auf eine Milli­on Jahre sicher“ umschließen zu lassen. Garantien auf die nächste Million Jahre könne niemand geben, so Sauerbrey. Es müsse ausreichen, einen „geeigneten“ Standort zu finden. Und das schneller als vom Standortauswahlverfahren vor­gesehen. Nach Ursprungsplanung der BGE sollte der Standort bis 2050 so weit ausgebaut sein, dass das Einlagern der Atomaltlasten beginnen kann.

Den größten Zeitgewinn verspricht sich das Bundesumweltministerium nun da­von, die bisher zwei geplanten Erkun­dungsphasen, ober- und unterirdisch, zu einer zu verbinden. Die Idee: Soll­te die BGE durch moderne Methoden einen Standortvorschlag machen kön­nen, ohne Erkundungsbergwerke zu graben, soll die Standortauswahl schon nach der übertägigen Erkundung erfol­gen. Nur wenn die BGE nicht auf Erkun­dung unter Tage verzichten könne, soll es beim dreiphasigen Suchprozess blei­ben, wie bisher im Gesetz verankert, er­örterten Experten vom Bundesministe­rium beim Forum in Hannover. (eu)

| | | | |
|----------------|-----------------------------------|---------------------------|---------------------|
| Wörter: | 457 | Ausgabe: | Hauptausgabe |
| Autor/-in: | Eumann, Jens CVD_Red | Auflage ¹ : | 22.331 (gedruckt) |
| | 52 | | 26.131 (verkauft) |
| | EU | Reichweite ² : | 26.954 (verbreitet) |
| Seite: | 4 | | 0,08247 (in Mio) |
| Ressort: | Chemnitzer Zeitung / Nachrich­ten | | |
| Medienkanal: | PRINT | | |
| Mediengattung: | Tageszeitung | | |
| Medientyp: | PRINT | | |

Urheberinformation: Chemnitzer Verlag und Druck GmbH & Co. KG

¹IVW 3/2025

²AGMA ma 2025 Tageszeitungen

Genehmigung in der Wesermarsch

Erlaubnis für Salzsuche in Neuenhuntrorf erteilt

Berne/Neuenhuntrorf

Das Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie hat der Uniper Kraftwerke GmbH die Erlaubnis zur Salzsuche in Neuenhuntrorf erteilt. Die tatsächliche Suche kann jedoch erst später beginnen.

- Zur Aufsuchung von Salzen hat das Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie (LBEG) der Uniper Kraftwerke GmbH zum 1. Dezember das Erlaubnisfeld Neuenhuntrorf IV zugeteilt. Das Feld ist knapp 1,5 Quadratkilometer groß und erstreckt sich entlang des westlichen Ufers der Hunte gegenüberliegend der Ortschaft Neuenhuntrorf. Die Erlaubnis zur Aufsuchung von „Stein-, Kali-, Magnesia- und Borsalzen nebst den mit diesen Salzen in der gleichen Lagerstätte auftretenden Salzen“ ist befristet auf vier Jahre bis zum 30. Novem-

ber 2029. Das teilte die Pressestelle des LBEG am Montag mit.

Den eingereichten Antrag hat das LBEG als zuständige Genehmigungsbehörde geprüft und dem von der Fläche betroffenen Landkreis Wesermarsch, der Stadt Elsfleth und der Gemeinde Berne sowie dem Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung (BASE) und der Bundesgesellschaft für Endlagerung mbH (BGE) die Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben, hieß es weiter. Nun sei die Erlaubnis erteilt worden. In der Folge besteht nun das

grundsätzliche Recht, die Salze zu suchen. „Tatsächliche Aufsuchungshandlungen dürfen allerdings erst nach Zulassung bergrechtlicher Betriebspläne erfolgen, für die unter anderem ein gesondertes Beteiligungsverfahren nötig ist“, so die Pressestelle weiter. „Die Uniper Kraftwerke betreibt in dem von dem Erlaubnisfeld umgebenen Gebiet zurzeit einen Druckluftspeicher mit zwei Kavernen und sieht dort weiteres Potenzial für die Aussolung von Kavernen zum Beispiel für die Speicherung von Druckluft oder Wasserstoff.“

| | | | |
|----------------|--|------------------------------------|---------------|
| Wörter: | 241 | Ausgabe: | Einzelausgabe |
| Autor/-in: | Axel Pries Jörg Grabhorn Axel Pries Michael Halama Christian Quapp | Visits (VpD) ¹ : | 180.589 |
| Rubrik: | WESERMARSCH | Unique Users (UUpD) ² : | 32.000 |
| Medienkanal: | ONLINE | | |
| Mediengattung: | Online News | | |
| Medientyp: | ONLINEMEDIEN | | |

Weblink: https://www.nwzonline.de/wesermarsch/abbau-in-der-wesermarsch-landesamt-erlaubt-uniper-kraftwerke-suche-nach-salz-vorkommen-in-neuenhuntrorf_a_4,2,2907297698.html

¹ von PMG gewichtet 09-2025

² gerundet agma ddf Ø-Tag 2023-03 vom 21.04.2023, Gesamtbevölkerung 16+

Deutschland

Kann die Suche nach einem Endlager für Deutschlands Atommüll ohne unterirdische Erkundung gelingen?

Hannover.

Der Wandel der internationalen Sicherheitslage rückt die Endlagersuche in ein neues Licht. Zwei Umweltminister fordern bei Forum, das Auswahlverfahren zu straffen.

Die Suche nach einem Endlager für Deutschlands hochradioaktiven Atommüll soll beschleunigt werden. Das forderten Bundesumweltminister Carsten Schneider (SPD) und sein niedersächsischer Amtskollege Christian Meyer (Grüne) am Wochenende in Hannover beim vierten Forum zur Endlagersuche. In diesen Begleitforen diskutierten Umweltverbände, Bürgerinitiativen und Kommunalvertreter über aktuelle Sachstände des Auswahlverfahrens. Das Forum in Hannover war mit mehr als 300 Teilnehmern vor Ort und 400 Onlinebeobachtern besetzt.

Grüner Minister fordert Gerechtigkeit bei Atommüll-Lasten für künftige Generationen

Minister Meyer erinnerte daran, dass im Standortauswahlgesetz aus dem Jahr 2017 als Zieljahr für das Finden des Standorts das Jahr 2031 veranschlagt worden war. Im Vorjahr dagegen sagte eine von der Bundesregierung beauftragte Studie drastische Verzögerungen voraus. Selbst bei „idealem Projektablauf“ sei damit zu rechnen, dass das Auswahlverfahren erst 2074 abgeschlossen werde. Mit Blick auf die längere oberirdische Zwischenlagerung und die veränderte internationale Sicherheitslage betonte Meyer, es sei eine Frage der Gerechtigkeit, unseren Atommüll nicht der nächsten Generation aufzubürden. Mit dem Verweis auf die internationale Lage steht Meyer nicht allein.

Der Salzstock in Gorleben wurde jahrzehntelang für die Endlagerung von hoch radioaktivem Atommüll erkundet. Doch dann hieß es: Zurück auf Los! Seit 2016 wird nun ein neuer Standort für die Atomaltlasten gesucht. Bild: Philipp Schulze/dpa

Der Salzstock in Gorleben wurde jahrzehntelang für die Endlagerung von hoch radioaktivem Atommüll erkundet. Doch dann hieß es: Zurück auf Los! Seit 2016 wird nun ein neuer Standort für die Atomaltlasten gesucht. Bild: Philipp Schulze/dpa

Der frühere Wissenschaftliche Direktor des Helmholtz-Zentrums Dresden-Rossendorf, Roland Sauerbrey, selbst im Begleitgremium für die Suche nach einem Endlager aktiv, machte im Juni angesichts der weltweit „neuen Bedrohungslage“ eine Verwundbarkeit aus. „Besonders verwundbar“ seien jene oberirdischen Zwischenlager, in denen 1900 Castor-Behälter mit ausgedienten Brennstäben aus den Kraftwerken des deutschen Kernkraftzeitalters aufs Verbringen in ein unterirdisches Endlager warten. Wenn man der Argumentation des Physikprofessors folgt, gleicht Deutschland einem nuklearen Minenfeld. Im Zwischenlager Gorleben und an 15 Standorten ehemaliger Kernkraftwerke warten Castoren auf den Abtransport.

Standortwahl für Atommüll birgt mehrere Illusionen

Laut Standortauswahlgesetz muss die Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) den Standort mit der für eine Million Jahre bestmöglichen Sicherheit finden. Bis 2027 sollen mögliche Standorte benannt und danach erkundet werden. Es gelte, mit Denkfehlern aufzuräumen, hatte Professor Sauerbrey gesagt. „Beide Annahmen“ seien „Illusion“: Die, den „bestmöglichen“ Standort zu finden, und die, den hoch radioaktiven Atommüll garantiert „auf eine Million Jahre sicher“ umschließen zu lassen. Garantien auf die nächste Million Jahre könne niemand geben, so Sauerbrey. Es müsse ausreichen, einen „geeigneten“ Standort zu finden. Und das schneller als vom Standortauswahlverfahren vorgesehen. Nach Ursprungsplanung der BGE sollte der Standort bis 2050 so weit ausgebaut sein, dass das Einlagern der Atomaltlasten beginnen kann.

Den größten Zeitgewinn verspricht sich das Bundesumweltministerium nun davon, die bisher zwei geplanten Erkundungsphasen, ober- und unterirdisch, zu einer zu verbinden. Die Idee: Sollte die BGE durch moderne Methoden einen Standortvorschlag machen können, ohne Erkundungsbergwerke zu graben, soll die Standortauswahl schon nach der übertägigen Erkundung erfolgen. Nur wenn die BGE nicht auf Erkundung unter Tage verzichten könne, soll es beim dreiphasigen Suchprozess bleiben, wie bisher im Gesetz verankert, er-

örterten Experten vom Bundesministerium beim Forum in Hannover. (eu)

| | | | |
|----------------|--|------------------------------------|---------------|
| Wörter: | 559 | Ausgabe: | Einzelausgabe |
| Autor/-in: | Jens Eumann https://www.freiepresse.de/verlag/redakteure/jens-eumann-redakteur-eu | Visits (VpD) ¹ : | 314.767 |
| | | Unique Users (UUpD) ² : | 247.000 |
| Medienkanal: | ONLINE | | |
| Mediengattung: | Online News | | |
| Medientyp: | ONLINEMEDIEN | | |

Weblink: <https://www.freiepresse.de/nachrichten/deutschland/kann-die-suche-nach-einem-endlager-fuer-deutschlands-atommuell-ohne-unterirdische-erkundung-gelingen-artikel14042952>

¹ von PMG gewichtet 09-2025

² gerundet agof ddf Ø-Tag 2023-01 vom 08.03.2023, Gesamtbevölkerung 16+

Die Angst vor dem Atom-Endlager: Bürgerforen sollen Vertrauen schaffen

Beim 4. Forum Endlagersuche in Hannover diskutieren Experten über Standorte für eine langfristige Lösung – Doch Bürgerinnen und Bürger fehlen – Wie geht es weiter?

Hannover. Nach und nach füllt sich die Niedersachsenhalle im Hannover Congress Centrum. 390 Menschen sind an diesem Freitag zum 4. Forum Endlagersuche gekommen. Hinzu kommen rund 200, die sich online dazugeschaltet haben. Es geht um die Suche nach dem bestmöglichen Standort für ein atomares Endlager in Deutschland.

Das Forum soll Wissen vermittelt, Transparenz schaffen und Sorgen nehmen. Und doch entsteht der Eindruck: Die, um die es eigentlich geht, sind kaum dabei. Während Vertreterinnen und Vertreter von Behörden, Wissenschaft, Kommunen und Umweltverbänden den Saal füllen, sieht man die ganz „normalen“ Bürgerinnen und Bürger kaum. Dabei soll das Forum genau ihnen Orientierung bieten – und die Angst vor dem Endlager nehmen.

Doch selbst in dem Bundesland, in dem der Protest gegen den geplanten Bau eines Atom Mülllagers schon Ende der Siebzigerjahre 100.000 Menschen auf die Straße gebracht hat, scheint sich das Interesse inzwischen in Grenzen zu halten. Deutschland ist 2023 aus der Atomkraft ausgestiegen. Nur wo dann am Ende die rund 27.000 Kubikmeter hoch radioaktiven Atom Mülls gelagert werden, die in mehr als 60 Jahren Atomkraft angefallen sind, das ist noch immer nicht klar.

Niedersachsen bleibt im Zentrum der Debatte

Dabei wird diese Suche nach dem bestmöglichen Standort für ein solches atomares Endlager in Deutschland nun langsam wieder konkreter. Erst Anfang November hat die Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) ihren neuen Arbeitsstand veröffentlicht: Nur rund 25 Prozent der Bundesfläche gelten noch

als potenziell geeignet. Viele Gebiete in Norddeutschland bleiben im Rennen – allen voran Regionen in Niedersachsen. Bis Ende 2027 will die BGE konkrete Standortregionen vorschlagen. Danach folgt die Erkundung. Genau das treibt Bürgerinnen und Bürger um, die doch den Weg zum Forum gefunden haben. Ein Besucher aus Isernhagen macht sich Gedanken, ob ein mögliches Endlager am Ende vor seiner Haustür entsteht. Denn große Teile der Region Hannover wurden von der BGE als geologisch potenzielles Lagergebiet markiert.

Ingrid Egle-Weber aus Singen in Baden-Württemberg ist dagegen erleichtert: Ihre Region ist inzwischen aus dem Verfahren herausgefallen. Aber sie will weiter mitreden – weil Deutschland am Ende nur einen Standort haben wird, „und der darf nicht einfach den Nächsten überrollen“.

Das Interesse dürfte deutlich wachsen, je mehr denkbare Standorte ausgeschlossen werden und sich die Suche auf wenige konzentriert. „Wir engen die infrage kommenden Regionen weiter ein – damit steigt auch die Betroffenheit in der Bevölkerung“, sagt BGE-Chefin Iris Graffunder beim Forum. Die vielen Informationen und die Möglichkeiten, sich schon früh zu beteiligen, sollen Vertrauen wecken und Transparenz schaffen. Die historischen Fehler bei der Auswahl von Gorleben sollen sich nicht wiederholen. „Endlagerung ist technisch machbar – aber Akzeptanz zu finden, ist die viel größere Herausforderung“, so Graffunder.

Der Präsident des Bundesamtes für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung (BASE), Christian Kühn, setzt auf einen „Wandel vom Konflikt zum Gespräch, von der Konfrontation zur Kooperation,

vom Verschweigen zur Transparenz.“ Auch darum sei die frühe und aufwendige Beteiligung der Öffentlichkeit so wichtig. „Menschen haben nicht automatisch das Vertrauen, dass wir es dieses Mal anders machen. Wir können auf diesem Forum zeigen, dass es anders läuft: partizipativ, transparent und im Dialog.“

Die Endlagerung von radioaktiven Abfällen solle kein technokratischer Verwaltungsakt sei, sondern ein gesellschaftlicher Prozess – „getragen von Dialog, Diskussion, Transparenz, Wissenschaft und Bürgerbeteiligung“, so Kühn.

Das soll auch künftig wichtig bleiben, wenn die Aufmerksamkeit wieder steigt: Sind 2027 die möglichen Regionen für ein atomares Endlager gefunden, sollen die Menschen sich dort in sogenannten Regionalkonferenzen beteiligen können. Diese sollen dann als kontinuierliche Dialogforen dienen, in denen Konflikte, Vorschläge und Planungsfragen vor Ort geklärt werden. „Im Lokalen wird sich entscheiden, ob wir erfolgreich sind“, so Kühn. „Es braucht die Menschen vor Ort, die sich mit Verantwortung und in Selbstorganisation in den Prozess einbringen.“

Ungewisse Zukunft: Wann wird ein Endlager gefunden?

Gleichzeitig wächst der Druck. Bundesumweltminister Carsten Schneider (SPD) wirbt in einem digitalen Grußwort für eine Reform des Standortauswahlgesetzes, um die Suche zu beschleunigen.

„Ziel ist eine zeitnahe Novelle des Standortauswahlgesetzes“, so der SPD-

Politiker. Dies solle ohne Abstriche bei Sicherheit und Beteiligung gelingen.

Bis spätestens 2050 soll ein Lager gefunden sein. Doch wie lange es wirklich dauern wird, ist noch unklar. Ein 2024 veröffentlichtes Gutachten kam zu dem

Schluss, dass die Suche noch bis mindestens 2074 dauern könnte. Der Weg ist in jedem Fall noch lang.

| | | | |
|----------------|----------------------------|---------------------------|--------------------|
| Wörter: | 735 | Jahrgang: | 2025 |
| Autor/-in: | Von Elisabeth Woldt | Nummer: | 20251122 |
| Seite: | 8 bis 8 | Ausgabe: | Einzelausgabe |
| Rubrik: | NIEDERSACHSEN & DER NORDEN | Auflage ¹ : | 2.377 (gedruckt) |
| Medienkanal: | PRINT | | 2.403 (verkauft) |
| Mediengattung: | Tageszeitung | | 2.542 (verbreitet) |
| Medientyp: | PRINT | Reichweite ² : | 0,00151 (in Mio) |

¹IVW 3/2025

²AGMA ma 2025 Tageszeitungen



„Wie lassen uns nicht für dumm verkaufen“

Mehr Geld – weniger Sicherheit: „BIs in Ahaus & Gorleben lassen sich nicht für dumm verkaufen“

Anti-Atomkraft-Initiativen in Ahaus und Gorleben sind empört. Grund dafür ist, dass der Ahauser Bundesabgeordnete Jens Spahn (CDU) bei den Verhandlungen zum Staatshaushalt durchsetzen konnte, dass die beiden Kommunen mit den ältesten Atom-müll-Zwischenlagern ab 2026 höhere Ausgleichszahlungen erhalten. Ahaus und Gorleben bekommen dann laut **Münsterland Zeitung** jährlich zwei Millionen von der bundeseigenen Gesellschaft für Zwischenlagerung (BGZ).

Nach Ansicht der Anti-Atomkraft-Initiativen verhindert die Bundesregierung seit Jahren, dass in Jülich der Neubau einer zeitgemäßen Lagerhalle für die 152 Castor-Behälter in Angriff genommen wird und begründet dies mit den Kosten. Bald sollen die Castoren aus Jülich nach Ahaus gebracht werden. **Kerstin Ciesla vom BUND NRW und Marita Boslar vom Aktionsbündnis „Stop West-castor“** erklären: „Das ist doch eine Milchmädchen-Rechnung, es soll Geld für den Zwischenlager-Neubau und Betrieb in Jülich gespart werden, gleich-

zeitig gehen für Jahrzehnte Millionen Euro mehr an Gorleben und Ahaus – und die Polizeikosten für die Castortransporte werden beim Kostenvergleich nicht mitgerechnet. Wir bleiben dabei: Sicherheit muss Vorrang haben – besonders bei finanzpolitischen Tuschenspielertricks. Atommüll muss dort wo er sich momentan befindet, möglichst sicher gelagert werden – auch in Jülich.“

Jens Spahn verschweige, dass die beiden Lagerhallen in Ahaus und Gorleben die ältesten Zwischenlager in Deutschland sind. Für beide läuft 2034 beziehungsweise 2036 die Genehmigung aus. „Es wird trotz der Alterung der Behälter und trotz neuer Bedrohungsszenarien einfach eine verlängerte Genehmigung für die nächsten Jahrzehnte, bis ein Endlager existiert, geplant“, so **Wolfgang Ehmke von der BI Umweltschutz Lüchow-Dannenberg**. „Das Vorgehen von Jens Spahn erinnert an die dunkelsten Zeiten der Gorleben-Geschichte, als mit den sogenannten „Gorleben-Geldern“ die Akzeptanz für die Atommülllager erkaufte werden sollte.“

„Diese Atommülllager entsprechen nicht mehr dem Stand von Wissen-

schaft und Technik“, erklärt **Felix Ruwe von der BI Ahaus**. „Beide Hallen haben mit Abstand die dünnsten Deckenkonstruktionen. In Lubmin soll deswegen extra ein Neubau mit 1,8 m Deckenstärke errichtet werden. Die Risiken der Langzeitlagerung von Atommüll werden durch diese Zahlungen nicht geringer! Wir verlangen optimal mögliche Sicherheit zu jeder Zeit und das Verbot von Atommüllverschiebungen.“ Nach den Terroranschlägen vom 11. September 2001 kritisierte auch die Bundes-Atomaufsicht die dünnen Decken. Darüber berichtete das Nachrichtenmagazin „Der Spiegel“ bereits im selben Jahr.

Die Bürgerinitiativen und der BUND NRW setzen sich weiter gegen die unsinnige Atommüllverschiebung von Jülich nach Ahaus zur Wehr. Gemeinsam rufen die Initiativen zur nächsten Demonstration, einem adventlichen Spaziergang am 14.12.2025 um 14 Uhr vor dem Ahauser Atommülllager auf. Am Tag X, wenn der Castor rollen soll, sind Proteste um 18 Uhr vor dem Forschungszentrum Jülich und in Ahaus am Bahnhof geplant.

Wörter: 427
Autor/-in: Marita Boslar
Medienkanal: ONLINE
Mediengattung: Online News
Medientyp: ONLINEMEDIEN

Ausgabe:
Visits (VpD)¹:

Einzelausgabe
2.557.529

Weblink: https://www.lokalkompass.de/duesseldorf/c-politik/wie-lassen-uns-nicht-fuer-dumm-verkaufen_a2122493

¹ von PMG gewichtet 02-2024

Kein Endlager in Simbach

Simbach. Gute Nachrichten konnte Bürgermeister Klaus Schmid (CSU) hinsichtlich eines möglichen Endlager-Standorts im Bereich Simbach in der jüngsten Stadtratssitzung vergangenen Donnerstag vermelden. „Die Bundesgesell-

schaft für Endlagerung (BGE) hat geeignete Gebiete weiter eingegrenzt. Die Region Rottal-Inn und somit auch Simbach wurden nun mit der Kategorie D gekennzeichnet. Das bedeutet, dass die Region als sehr ungünstig gekennzeichnet

wurde und nicht für eine weitere Erkundung vorgeschlagen wird“, so Schmid, der hinzufügte: „Gott sei Dank ist dieser Kelch also an uns vorübergegangen.“

| | | | |
|----------------|----------------------------------|---------------------------|--|
| Wörter: | 78 | Jahrgang: | 80 |
| Seite: | 25 bis 25 | Nummer: | 272 |
| Ressort: | Simbach | Ausgabe: | Nebenausgabe |
| Rubrik: | Passauer Neue Presse - Ausgabe C | Auflage ¹ : | 8.499 (gedruckt) 7.962 (verkauft) |
| Medienkanal: | PRINT | Reichweite ² : | 8.021 (verbreitet) 0,02323 (in Mio) |
| Mediengattung: | Tageszeitung | | |
| Medientyp: | PRINT | | |

Weblink: <https://www.pnp.de>

Urheberinformation: (c) 2025 Passauer Neue Presse GmbH

¹IVW 3/2025

²AGMA ma 2025 Tageszeitungen

Standortsuche

Atommüll vor der Haustür? Segeberg und Pinneberg im Favoritenkreis

Die Suche nach einem Endlager kommt in die heiße Phase. Die Kreise Segeberg und Pinneberg gehören mit zu den favorisierten Gebieten.

Frank Knittermeier

Die Suche nach einem **Endlager für radioaktive Abfälle** geht in eine **entscheidende Phase**. Die Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) hat die möglichen Standorte reduziert, aber Schleswig-Holstein gehört nach wie vor zum Favoritenkreis. Auch die **Kreise Segeberg und Pinneberg** bleiben nach den aktuellen Veröffentlichungen im Blick. Im Kreis Segeberg beschäftigen sich die Kreispolitiker dieser Tage mit dem heiklen Thema.

Seit Jahren wird nach einem geeigneten Platz für die Endlager, aber jetzt kann alles schnell gehen. Wie die Bundesgesellschaft für Endlagerung Anfang des Monats mitteilte, wurden inzwischen 53 Prozent der Teilgebietsflächen anhand sicherheitsgerichteter Kriterien als ungeeignet oder gering geeignet eingestuft. Das bedeutet, dass etwa ein Viertel der Bundesfläche noch in Bearbeitung ist. Dazu gehören auch Gebiete in Schleswig-Holstein, vor allem im Raum zwischen der nördlichen Hamburger Stadtgrenze und Neumünster.

Suche nach einem Atommüll-Endlager: Kreise Pinneberg und Segeberg im Favoritenkreis

Gesucht wird ein Ort, an dem etwa 27.000 Kubikmeter hochradioaktiver Abfälle sicher gelagert werden können – Abfälle, die aus mehr als 60 Jahren Nutzung der Atomkraft in Deutschland stammen. Über Millionen Jahre

hinweg müssen die Lagerungsstätten von der Biosphäre abgeschirmt bleiben.

Warum ist der Süden Schleswig-Holsteins für ein mögliches Endlager interessant? Die Bundesgesellschaft für Endlagerung gibt darüber Auskunft: Auf einer Fläche von 123 Quadratkilometern haben die Geologen Muschelkalk mit dem Wirtsgestein Steinsalz bis zu einer Tiefe von 1500 Metern entdeckt. Insgesamt wird dem Gebiet große Aufmerksamkeit geschenkt, denn die geologischen Experten haben anhand einer Bewertungstabelle herausgefunden, dass es durchaus gut als Endlagerungsstätte geeignet ist.

Bei den Kreispolitikern schrillen die Alarmglocken

So formuliert es die Bundesgesellschaft für Endlagerung: „Die Anwendung der geowissenschaftlichen Abwägungskriterien lässt daher eine günstige geologische Gesamtsituation für die sichere Endlagerung radioaktiver Abfälle erwarten.“ Bei den Politikern in den Kreisen Segeberg und Pinneberg schrillen die Alarmglocken.

Im Kreis Segeberg hat sich der Ausschuss für Wirtschaft, Regionalentwicklung und Infrastruktur am 19. November mit dem Thema beschäftigt und eine Informationsschrift des Bundesamtes für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung „zur Kenntnis“ genommen. Im Kreis Pinneberg haben sich die Politiker

bisher noch nicht mit dem Thema beschäftigt.

Mögliche Standorte: Elmshorn, Uetersen, Tornesch, Ellerau, Bad Bramstedt
Im Kreis Pinneberg liegen größere Orte im Bereich der 123 Quadratkilometer großen Fläche, die als Atommüll-Endlager infrage kommen. Dazu gehören unter anderem Elmshorn, Uetersen, Tornesch und Barmstedt. Im Kreis Segeberg sind es vor allem Gebiete um Bad Bramstedt, Hasenmoor, Ellerau, Kattendorf, Struvenhütten, Hartenholm, Lentförden und Bimöhlen.

Wie geht es weiter bei der Suche nach einem Endlager? Bis Ende 2027 will das Bundesgesellschaft für Endlagerung fünf bis zehn Regionen vorschlagen, die die besten geologischen Voraussetzungen für ein Endlager bieten. Der Vorschlag soll anschließend vom Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung (BASE) geprüft werden. Die endgültige Entscheidung über den Bau eines Endlagers fasst eines Tages schließlich der Bundestag.

Das BASE kündigt an, dass in allen vorgeschlagenen Standortregionen Regionalkonferenzen stattfinden werden, um die kommunalen Gebietskörperschaften, also die Kreise, Städte und Gemeinden, in den Entscheidungsprozess einzubinden. Bis Mitte des Jahrhunderts, davon geht BASE-Präsident Christian Kühn aus, wird der Standort für ein Endlager gefunden sein.

| | | | |
|----------------|--------------------|-----------------------------|---------------|
| Wörter: | 530 | Ausgabe: | Einzelausgabe |
| Autor/-in: | Frank Knittermeier | Visits (VpD) ¹ : | 227.862 |
| Ressort: | Online | Unique Users | 47.000 |
| Medienkanal: | ONLINE | (UUpD) ² : | |
| Mediengattung: | Online News | | |
| Medientyp: | ONLINEMEDIEN | | |

Weblink: <https://www.abendblatt.de/schleswig-holstein/norderstedt/article410534491/atommuell-endlager-vor-der-haustuer-die-kreise-segeberg-und-pinneberg-im-favoritenkreis.html>

¹ von PMG gewichtet 02-2024

² gerundet agof ddf Ø-Tag 2023-01 vom 08.03.2023, Gesamtbevölkerung 16+

EWN Entsorgungswerk für Nuklearanlagen GmbH

 NDR

Bund kündigt Gesetze für schnellere Endlagersuche an

24. November 2025 19:09 | Medienart: Online

[Originalartikel](#) (Online Website)

Damit sich die Suche nach einem **Endlager** nicht noch Jahrzehnte in die Länge zieht, sollen Gesetze zeitnah geändert werden. Das hat Bundesumweltminister Carsten Schneider (SPD) in Hannover angekündigt.

Bei einer Veranstaltung des **Bundesamtes** für die Sicherheit der **nuklearen Entsorgung (BASE)**, die am Wochenende in Hannover stattgefunden hat, hat der Bundesumweltminister angekündigt, das Standortauswahlverfahren zu beschleunigen. Da er zeitlich in Brasilien bei der Weltklimakonferenz war, hatte er sich per Video zu der Veranstaltung zuschalten lassen.

Bundesminister will straffere Verfahren

Bundesumweltminister Schneider hält eine schnellere **Endlagersuche** für möglich, ohne dass es Abstriche bei der Sicherheit oder bei der Beteiligung der Öffentlichkeit geben müsse. Er habe bereits intensive Gespräche geführt und wolle zeitnah eine Novelle des Standortauswahlgesetzes vorstellen, sagte er per Video. Darüber hinaus will er auch das **Atomgesetz**, das **Bundesberggesetz**, das **Bundesnaturschutzgesetz** und die **Verwaltungsgerichtsordnung** ändern, um das Verfahren insgesamt zu straffen.

Flexiblere Erkundungen

Hauptpunkt ist, dass die Erkundungsphasen II und III stärker miteinander verzahnt werden sollen. In diesen Phasen sollten mögliche Standortregionen erst **übertägig** und dann **untertägig** erkundet werden. Das könnte flexibler organisiert werden. Auch müssten nicht zwingend Erkundungsbergwerke aufgefahren werden, heißt es aus dem Bundesumweltministerium. Auch die Umweltminister der Länder und die Bundesgesellschaft für **Endlagerung (BGE)** hatten bereits entsprechende Vorschläge gemacht.

Gesetzesänderung

bis 2027

Zurzeit befindet sich die **Endlagersuche** in der Phase I, in der mögliche Standortregionen ermittelt werden. Diese Phase soll Ende 2027 abgeschlossen sein. Mögliche Standorte sollten dann feststehen. Um darauffolgende weitere Erkundungen zu beschleunigen, müssten die entsprechenden Gesetze bis dahin geändert worden sein.